

„Arbeitsweltbezogene Bildung“ und Arbeitsbegriff

Kleine Warnung vor allzu großer Vereinfachung

Der Arbeitsweltbezug, den das seit dem Jahr 2000 geltende Weiterbildungsgesetz NRW unter die vorderen Prioritäten der staatlichen Förderung gerückt hat, wird oftmals in etwas flacher Manier als Synonym für berufliche oder betriebliche Bildung verstanden. Das für die Weiterbildung zuständige Ministerium neigt aufgrund seines Politikschwerpunkts „Wirtschaft und Arbeit“ dazu, dieses Missverständnis noch zu steigern. Solchen Verengungen ist die LAAW immer entgegengetreten und hat sich für einen anderen, weiteren Arbeitsbegriff stark gemacht. Dabei sollten wir bleiben - und das sei mit ein paar Hinweisen aus unserer Bildungseinrichtung unterfüttert. Damit soll der politische Akzent des Gesetzes: verstärktes Augenmerk auf Beschäftigung und Beschäftigungsfähigkeit zu lenken, nicht geleugnet, der Absolutsetzung eines platten Arbeitsweltbezugs aber entgegengetreten werden. Vier knappe Stichwörter müssen genügen; viele andere Felder von „Arbeit“ - z.B. alles was mit Kindern oder dem würdigen Zusammenleben der Geschlechter und Generationen, mit neuen Arbeitsplätzen bzw. Betrieben im Gesundheits- und Alternativsektor zusammenhängt - sind hier ausgelassen, weil es in meinem Arbeitsbereich, wegen unserer Spezialisierungen, keine sehr große Rolle spielt.

Betriebsnahe und branchenorientierte politische Bildung

Wer heute mit Sendungsbewusstsein verkündet, dass die Weiterbildung sich endlich aufmachen muss, um ihren Arbeitsweltbezug zu entdecken, hat zur Realität der letzten Jahre ein problematisches Verhältnis. Wir bieten, seitdem es Bildungsurlaub in NRW gibt, jährlich mehrere Wochen-seminare zu betrieblichen und ökonomischen Fragen an, meistens mit der Konzentration auf die Entwicklung und Probleme bestimmter Branchen wie Automobilindustrie, Stahlindustrie oder Chemie. Mit solchen Seminaren leisten wir und andere Einrichtungen nicht nur einen Beitrag zur politischen und ökonomischen Bildung, sondern fördern auch ganz konkret die Information und Partizipation solcher ArbeitnehmerInnen, die (noch) nicht gewerkschaftliche oder Betriebsrats-FunktionsträgerInnen sind. Auch der Austausch zwischen Beschäftigten unterschiedlicher Produktionsstandorte in Deutschland und Europa wird für „normalsterbliche“ ArbeitnehmerInnen erst durch solche Seminare möglich - zwischen

Bochum, Erfurt und Warschau, Köln und Kaiserslautern.

Das ist keine Förderung individueller Beschäftigungsfähigkeit, aber ein Stück Mobilisierung für Interessenvertretung, Beteiligung oder einfach das „Mundaufmachen“ im Betrieb. Ein zentraler Unterschied zu allem, was betriebliche Bildung oder Weiterbildungseinrichtungen mit Betrieben zusammen tun können: Hier kann teilnehmen, wer will - nicht nur die, von deren Weiterbildung sich das Unternehmen etwas verspricht. Wäre dieses Kriterium nicht ein guter Maßstab für alle öffentlich geförderte, sozialstaatlich orientierte Weiterbildung?

In diesem Kontext ist unsere Arbeit quantitativ nicht von besonderer Bedeutung; alle Empirie aber beweist, dass das Themenfeld „Arbeit/Wirtschaft“ das bedeutendste der politischen Bildung in ganz NRW ist. (In ganz NRW macht es laut Statistik der Landeszentrale 35-40 % der politischen Bildung aus.)

Bürgerarbeit

In vielen Bildungswerken der LAAW spielt - wie bei uns - die Kooperation mit Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen eine große Rolle. Migrantengruppen und Flüchtlingshilfe, Stadtteilzeitungsprojekte und Hospiz-Initiativen, Frauenarchive und Knastgesprächskreise seien als Beispiele genannt. Die Zeiten, in denen man all diese Aktivitäten in klassisch sozialdemokratisch-produktivistischer Weise für „Privatsphäre“ und „Freizeit“ halten konnte, sind ja wohl schon länger vorbei. Welche Lebensbereiche und Problemlösungen, welche Kommunen und Stadtteile „funktionieren“ denn noch ohne das in den letzten zwei Jahrzehnten gesteigerte Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger? Gewachsenes Verantwortungsbewusstsein, gestiegene Bildungsgrade und Freizeitbudgets sowie nicht zuletzt die Krise der öffentlichen Haushalte haben die Bundesrepublik in ein Land verwandelt, in dem soziale Hilfe, Schulen, Museen, Büchereien und Schwimmbäder, Umweltschutz und Arbeitsmarktprojekte keine Reserve „öffentlicher Daseinsvorsorge“ mehr sind, sondern in den meisten Fällen auf einem Netzwerk von öffentlichen Institutionen, engagierten Gruppen und Einzelnen beruhen.

Die Angebote der (politischen) Weiterbildung, sich dafür fit zu machen, sich mit anderen zunächst einmal über die entstehenden Probleme auszutauschen und nach kreativen Lösungen zu suchen, haben uns (bei allen gegenwärtigen furchtbaren Einschnitten) einen Teil der „Lebensqualität“ erhalten oder erst beschert, die früher in politischen Programmen versprochen wurde. Dass die

BewohnerInnen der Bundesrepublik ihre Probleme noch in relativ großer innerer Friedlichkeit verhandeln, hängt auch mit dieser von der Weiterbildung abgestützten Kultur des Engagements zusammen.

Politisch-soziales Handwerkszeug

Wir haben es immer schon gesagt, aber Wiederholung soll ja manchmal helfen: Das, was wir an „politischem Handwerkszeug“ vermitteln, sind Schlüsselqualifikationen, die die Menschen auch in anderen Bereichen weiterbringen. Das traditionelle „Rhetorik-Seminar“ klingt ein bisschen angestaubt, gibt es aber immer noch. Wichtiger sind: all die Seminare, Kurse, Workshop-Reihen, in denen Männer und Frauen befähigt werden, unabhängig von ihrer Vorbildung und Berufsrolle neue Verantwortung zu übernehmen: über Vereinsmanagement, Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnenführung und Fund Raising, Teamarbeit, kommunikative Kompetenz und Zeitmanagement. Auch wenn wir diese Kompetenzen im Zusammenhang aktueller politischer Probleme diskutieren und vermitteln: sie sind personengebunden, verändern Menschen, und so kann doch niemand glauben, sie wirken sich nicht auch in anderen Feldern wie Beruf und Familie, Nachbarschaft und Kirchengemeinden, Vereinen und Initiativen aus. Hier liegen nun wirklich unmittelbare Beiträge zur politisch so heftig bemühten „Beschäftigungsfähigkeit“ vor; alle Erfahrung und Weiterbildungsforschung lehren, dass das „Lernen im sozialen Umfeld“ oftmals effektiver, weil motivierender und selbstbestimmter ist als das hierarchisch angeordnete und streng organisierte curriculare Bildungsarrangement. (Ein ganzes Forschungsprogramm der Arbeitsgemeinschaft Betriebliche Weiterbildungsforschung - vgl. www.abwf.de - bemüht sich um den Nachweis dieses Zusammenhangs, der in den Initiativen und Institutionen der stadtteil- und alltagsbezogenen Erwachsenenbildung schon länger bekannt ist.)

Reflexivität und „Wissensgesellschaft“

„Wir müssen die Verkäuferin von Tengelmann mitnehmen durch das Tor der Wissensgesellschaft.“ Dieses Postulat war der Schlüssappell vieler weiterbildungspolitischer Reden des gegenwärtigen Ministers für Wirtschaft und Arbeit und auch für Weiterbildung. Eine berechnete Forderung - die aber wiederum zu vielen platten Interpretationen eingeladen hat. Denn was heißt eigentlich „Wissensgesellschaft“?

Wer darunter schlicht versteht, dass die Menschen heute mehr wissen sollten als früher und deshalb

mehr und öfter, nämlich lebenslang, lernen müssen, sollte sich sein akademisches Lehrgeld zurückgeben lassen. Wenn das Theorem der „Wissensgesellschaft“ ernst zu nehmen ist, dann lehrt schon ein kurzer Blick in einen der einschlägigen Texte: Es geht um einen neuen Umgang mit Wissen, mit konkurrierenden Wissensbeständen und Ungewissheiten. Die Geschichte der „neuen Technologien“, aber auch die aller großen politischen Kontroversen der letzten Jahrzehnte lehrt, dass BürgerInnen und PolitikerInnen regelmäßig mit höchst unterschiedlichen Expertenschaften und Expertisen konfrontiert sind, dass die Notwendigkeit, sich eigene Urteile über komplexe gesellschaftliche und naturwissenschaftlich-technische Entwicklungen zu bilden, immens angewachsen ist.

Wo lernt man das? Man kann viel Gutes über das in den letzten 40 Jahren insgesamt angestiegene Bildungsniveau sagen, aber die Behauptung, dass Kritikfähigkeit zu den herausragendsten Lernzielen des Schulsystems gehört, würde wohl niemand wagen. Und so kommen die „guten alten“ Tugenden der Nach-68er-Erwachsenenbildung zu einem ganz neuen Recht: In der gegenwärtigen „Unübersichtlichkeit“ sind Ideologiekritik, die Fähigkeit, Argumentationsstrukturen und Interessen zu analysieren, Überlebenskompetenzen geworden. So altmodisch ist es vielleicht doch nicht, einen Vortrag anzuhören, Texte zu lesen, Theoriegebäude miteinander zu vergleichen, Medienprodukte zu analysieren und mit anderen darüber zu reden? Denn „Reflexivität“, einschließlich der Fähigkeit, die eigenen Gewissheiten in Frage zu stellen, ist unter demokratischen Verhältnissen keine Forderung an Eliten, sondern Notwendigkeit für alle „StaatsbürgerInnen“!

Ein solches Lernziel kann sich vielleicht einmal ausnahmsweise und subversiv in betrieblich dominierte Bildungsarbeit einschleichen - einen systematischen Stellenwert hat es nur in einer öffentlich gestützten und professionell gesteuerten politischen Bildungsarbeit. Ohne eine solche Kritikfähigkeit aber kann die genannte vielstrapazierte Verkäuferin nicht an der „Wissensgesellschaft“ teilhaben.

Ob der Gesetzgeber deshalb (was zur Zeit gern ignoriert wird) die politische Bildung im novellierten Gesetz noch vor der arbeitsweltbezogenen nannte?

Dr. Norbert Reichling

Bildungswerk der Humanistischen Union NRW

Aus:

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR EINE ANDERE WEITERBILDUNG NRW. E.V. (Hg.):

Die andere Weiterbildung für Arbeitswelt und Beruf, Bielefeld 2004